

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/250

30. Dezember 1976

Zur Jahreswende 1976/1977

Fortsetzung der Reformpolitik bleibt Bestandteil
unserer Arbeit

Von Gerhard Jahn MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer der
SPD-Bundestagsfraktion

Seite 1 und 2 / 92 Zeilen

Neue Fundamente für den Städtebau

Bundesbau- und Wohnungsmodernisierungsgesetz
treten in Kraft

Von Karl Ravens MdB
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Seite 3 und 4 / 75 Zeilen

Seit 20 Jahren Saarland

Bilanz und Perspektiven zum 1. Januar 1977

Von Friedel Läßle MdL
SPD-Landesvorsitzender und Vorsitzender der
SPD-Fraktion im Landtag des Saarlandes

Seite 5 bis 7 / 109 Zeilen

- * * Allen Lesern und Mitarbeitern
- * * ein gutes neues Jahr!

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckerl

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer: 217-224
Telefon: 21 90 38/39
Telex: 08 96 646-48 spbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Zur Jahreswende 1976/1977

Fortsetzung der Reformpolitik bleibt Bestandteil unserer Arbeit

Von Gerhard Jahn MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Die wirtschaftliche und politische Bilanz des Jahres 1976 ist für die Bundesrepublik Deutschland nicht schlecht, im internationalen Vergleich sogar gut. Nur noch sehr wenige Länder der Erde haben im zu Ende gehenden Jahr ihren Lebensstandard halten oder gar ausbauen können. Zur Selbstzufriedenheit besteht jedoch kein Grund. Der Hinweis auf unsere Erfolge bewahrt vor unangemessenem Pessimismus.

Die vergangenen Jahre waren durch die Auswirkungen einer andauernden weltwirtschaftlichen Konjunktur- und Strukturkrise bestimmt. Dennoch hat die Bundesrepublik Deutschland ihre soziale und politische Stabilität behaupten können, weil die Regierungs- und Gesetzgebungsarbeit sich daran orientiert hat, das Notwendige unter gerechter Verteilung der entstehenden Lasten zu tun. Die Reihe der zum 1. Januar 1977 in Kraft tretenden Gesetze belegt erneut die Kontinuität unserer Reformpolitik. Ihre Fortsetzung bleibt Bestandteil unserer auf innere und äußere Stabilität gerichteten Politik.

Für das Jahr 1977 ist nicht nur die Feststellung wichtig, daß mit einem Andauern schwieriger weltwirtschaftlicher Rückwirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland zu rechnen ist. Sie sind zum Teil heute noch nicht zu übersehen. Darauf wird gegebenenfalls mit dem in Vorbereitung befindlichen Investitionsprogramm reagiert werden, das der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung angekündigt hat. Die politisch Verantwortlichen und die gesamte Öffentlichkeit sollten sich ebenso der Tatsache bewußt sein, daß ein Teil der Konsequenzen, die sich aus der Entwicklung der letzten Jahre ergeben haben, erst 1977 und in den darauffolgenden Jahren fällig werden. Die erforderliche Konsolidierung der Rentenversicherung, des Gesundheitswesens und der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden sind die derzeitig augenfälligsten Beispiele. Hier wie bei anderen Aufgaben werden Lösungen, die unsere wirtschaftlichen Chancen fördern sowie die politische und soziale Stabilität erhalten, dem Gebot der Solidarität genügen müssen. Dafür hat die Regierungserklärung zuverlässige Orientierungspunkte festgelegt. Ohne die darin vorgesehene gerechte Verteilung der Lasten würde die Bundesrepublik ihre Zukunft mit gefährlichen Hypothesen belasten, innen- wie aussenpolitisch.

Der Ernst, der Notwendigkeiten, die uns erwarten, verträgt keine Politik, die falsche Erwartungen weckt. Auch hier nur ein Beispiel: die bisherige Kritik der Opposition an den zur Konsolidierung der Rentenversicherung und zur Dämpfung des Kostenanstiegs im Gesundheitswesen vorgeschlagenen Maßnahmen enthält nicht einmal einen Ansatz zu realistischen Alternativen. Stattdessen wird in einer Vielzahl von widersprüchlichen Erklärungen der Eindruck erweckt, als gäbe es Lösungen ohne Veränderungen auf der Einnahme- oder Ausgabenseite der Versicherungsträger.

Wir werden die in den kommenden Jahren notwendige gerechte Verteilung von Lasten nur dann erreichen, wenn das öffentliche Bewußtsein nicht systematisch auf falsche Wege gelenkt wird. Auch manche Verbände werden sich nicht auf eine Kritik nach dem Motto "Mach mir den Pelz, aber mach mich nicht naß" beschränken können. Sie sind zur Mitarbeit aufgerufen. Wir sind in einem Maße zur Solidarität herausgefordert, wie seit nahezu 20 Jahren

nicht mehr. Unser beispielhaftes Netz der sozialen Sicherung wird nur erhalten und ausgebaut werden können, wenn die Bereitschaft zu gerechten Lösungen auch in Zeiten bestehen bleibt, in denen keine bequemen Lösungen möglich sind.

Zum innenpolitisch notwendigen Klima, in dem Solidarität als zentrale Aufgabe angenommen werden kann, gehört auch die Bereitschaft zur Versöhnlichkeit. Aus unserer Sicht wird die Opposition weiter vor die Frage zu stellen sein, ob sie durch ihre Propagandaformeln "im Grundsätzlichen" künstliche Gräben aufreißen oder durch Beiträge zur Sachauseinandersetzung ihre Pflicht als Opposition erfüllen will.

Erst die Konzentration auf die wirklichen Lebensfragen der Bundesrepublik wird zu einer hinreichenden Bereitschaft führen, unseren Beitrag zum Abbau des Nord-Süd-Gefälles in der Welt zu leisten, damit wir uns nicht in wenigen Jahren in einem weltpolitischen Minenfeld wiederfinden.

Die internationale Solidarität hat eine lange Tradition in der Geschichte der Arbeiterbewegung und ist in der Sozialdemokratie ungebrochen lebendig. So leisten wir unseren Beitrag gerade unter Umständen, unter denen die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit der Bundesrepublik schwierigen konjunkturellen und strukturellen Belastungen unterworfen ist. Wie uns in den letzten Tagen eine Reihe von Experten und die OECD vorrechnen, werden sich die wirtschaftlichen Erwartungen der Bundesrepublik im kommenden Jahr möglicherweise nicht vollständig erfüllen lassen. Trotzdem muß unsere Fähigkeit und unser Wille zu helfen weiter bestehen bleiben. Wir können nur hoffen, daß auch die anderen Industrieländer sich ebenso in die Pflicht nehmen, damit die armen Nationen nicht sehr schnell ihren Hunger als Teil eines weltweiten Verteilungskrieges zu werten beginnen.

Die nüchterne Bereitschaft auch zu materiellen Opfern ist die beste Investition für eine erträgliche Entwicklung zwischen armen und reichen Nationen. Die nüchterne Beurteilung der Entspannungspolitik im Ost-West-Verhältnis ist ebenso dringlich. Auch nur gelegentlich sollte nicht anstelle des kühlen Abwägens der politischen Zusammenhänge ein kleinlicher Krämergeist Platz greifen. Die Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik würde dadurch nicht gesteigert. Gerade wenn wir in enger Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten im kommenden Jahr auf der "Zwischenbilanz"-Tagung der KSZE in Belgrad das Höchstmaß praktischer Erleichterungen für die Menschen durchsetzen wollen, verbietet es sich, die Gesprächsmöglichkeiten durch eine Polemik zu zerstören, die nicht wirklich Verhandlung, sondern Unterwerfung will. Die deutschen Fragen bedürfen in besonderer Weise der Gemeinsamkeit aller Verantwortlichen. Die Folgen der Teilung und die Erhaltung der deutschen Option in einem sich einigenden Europa vertragen nicht das bedingungslose Gegeneinander von Regierung und Opposition.

Die Gefahren eines erneuten, selbstverschuldeten Nationalismus, sei es in der Form fehlender weltwirtschaftlicher Mitverantwortung, sei es in der Form des entspannungsfreudigen "Auftrumpfens" und "Draufsatteln", sind leider nicht gebannt.

Die Bundesrepublik Deutschland hat einen Nachholbedarf an Solidarität und Versöhnlichkeit. Er muß gedeckt werden, damit unsere Existenz als demokratischer Staat und unsere wirtschaftliche Zukunft auch dann gesichert werden kann, wenn zusätzliche, unerwartete Risiken eintreten. Mit der von der Koalition zwischen SPD und FDP getragenen Regierungserklärung und mit unseren Beiträgen in der Debatte über die Regierungserklärung haben wir unseren ersten Beitrag geleistet, die vor uns stehenden Bewährungsproben an Solidarität, Gerechtigkeit und Versöhnlichkeit bestehen zu können. Vor uns liegt als Aufgabe, die notwendigen Schritte zu den abgesteckten Zielen zu tun.

(-/30.12.1976/bgy/10)

Neue Fundamente für den Städtebau

Bundesbau- und Wohnungsmodernisierungsgesetz treten in Kraft

Von Karl Ravens MdB

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Für die Städtebaupolitik in der Bundesrepublik, für Stadterneuerung und Stadterhaltung wird der 1. Januar 1977 ein wichtiges Datum sein. Zu diesem Zeitpunkt treten die Novelle zum Bundesbaugesetz und das Wohnungsmodernisierungsgesetz in Kraft, von denen die künftige städtebauliche Entwicklung ganz wesentlich geprägt sein wird. In der Regierungserklärung vom 16. Dezember 1976 hat Bundeskanzler Helmut Schmidt die Bedeutung einer menschlichen Umwelt in unseren Städten und Gemeinden hervorgehoben. Seine Absichtserklärung für die Bundesregierung, in der kommenden Legislaturperiode dazu beizutragen, Städte und Gemeinden für ihre Bewohner lebenswert zu gestalten und zu erhalten, ist auf der Grundlage der neuen Gesetze realisierbar.

Bis zu Beginn der 70er Jahre war die Aufgabe der Wohnungs- und Städtebaupolitik vornehmlich in einer raschen Deckung des vor allem durch den Krieg verursachten Neubaubedarfs und der Sanierung der Stadtstrukturen zu sehen. Mit dem zahlenmäßigen Gleichstand von Wohnungen und Haushaltungen und parallel dazu mit der Intensivierung der Stadtsanierung nach dem Städtebauförderungsgesetz zeichnete sich eine deutliche Hinwendung zur erhaltenden Stadterneuerung ab. Das Bewusstsein der Bürger für die Bedeutung gewachsener Stadtstrukturen und die Pflege alter Bausubstanz hat seitdem deutlich zugenommen. Der Wohnwert unserer Städte und Gemeinden wird mehr und mehr außer an der Qualität der Infrastruktureinrichtungen auch an dem Erscheinungsbild, dem "Gesicht" gemessen.

Die Novelle zum Bundesbaugesetz und das Wohnungsmodernisierungsgesetz sind die geeigneten Instrumente für die Verantwortlichen in den Kommunen, um die künftigen Aufgaben im Städtebau bewältigen zu können. Das neue Bundesbaugesetz ermöglicht allen Bürgern eine frühzeitige Einflußnahme und Mitwirkung bei kommunalen Planungsprozessen in allen Ebenen. Durch eine wirkungsvolle Beteiligung der Bürger an der Bauleitplanung wird jedem die Chance

zur Identifizierung mit den Belangen der eigenen Gemeinde gegeben. Von gleicher Bedeutung wie die Bauleitplanung wird für die Bewohner unserer Städte und Gemeinden die mit dem Bundesbaugesetz ausgesprochene Verpflichtung zur Aufstellung eines Sozialplanes sein. Mit diesem Instrument soll gewährleistet werden, daß die unausweichlich bei jeder tiefgreifenden städtebaulichen Maßnahme entstehenden sozialen Härten bereinigt werden können. Das Gesetz wird im Ganzen eine neue Qualität der verantwortlichen Zusammenarbeit zwischen Bürgern und Stadtvätern mit sich bringen. Nach dem alten Recht hatten die Kommunen kaum eine Handhabe, ihre Planungen wirkungsvoll durchzusetzen. Mit dem in der Novelle zum Bundesbaugesetz enthaltenen Abbruchgebot, dem Nutzungs-, Bau- und Modernisierungsgebot wird künftig die Möglichkeit gegeben, Stadtentwicklung mehr noch als bisher an dem Interesse der Gesamtheit der Bürger zu orientieren.

Als Ergänzung zu den städtebaulichen Bestimmungen der Novelle zum Bundesbaugesetz ist das Wohnungsmodernisierungsgesetz zu sehen. Damit wird die Förderung der Wohnungsmodernisierung zu einer öffentlichen Aufgabe des Bundes und der Länder. Dies ist der sichtbare Ausdruck für eine Verlagerung der Gewichte in der Wohnungs- und Städtebaupolitik. Neben dem Wohnungsbau steht nun gleichrangig die Pflege und Modernisierung des vorhandenen Wohnungsbaustandes, um die Wohnungsqualität in breitem Umfang zu verbessern. Ebenso wie die öffentliche Förderung des Wohnungsbaus dient die Modernisierungsförderung der angemessenen Versorgung der Bevölkerung mit guten und preiswürdigen Wohnungen. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß mindestens sieben Millionen Wohnungen des Bestandes nicht mehr den heutigen Anforderungen an zeitgemäßen Wohnstandard entsprechen, gewinnt die Aufgabe der Wohnungsmodernisierung erst die richtige Dimension. Nach dem neuen Gesetz werden vor allem Maßnahmen gefördert, die den Gebrauchswert von Wohnungen erhöhen oder die allgemeinen Wohnverhältnisse in der unmittelbaren Umgebung von Wohnungen verbessern. Ebenso können auch in begrenztem Umfang Instandsetzungen gefördert werden. Die Hilfen für die Besitzer von modernisierungsfähigen Wohnungen und Häusern werden in Form von Zuschüssen zu den laufenden Aufwendungen aus der Modernisierung und gegebenenfalls auch durch Darlehen zur Deckung der Kosten der Modernisierung gegeben. Um soziale Härten zu vermeiden, müssen die Eigentümer von Mietwohnungen die erhaltenen öffentlichen Mittel bei der Regelung der Miethöhe berücksichtigen.

Gerade in städtischen Ballungszentren wird die Wohnungsmodernisierung die Grundlage dafür sein, einer Vielzahl von Bürgern ihre vertrauten Lebensbereiche in Wohnung, Haus und Umgebung zu erhalten und die Zerstörung gewachsener, innerstädtischer Strukturen zu verhindern.

Ein weiterer wichtiger Schritt zur Erhaltung der Lebensfähigkeit unserer Städte und Gemeinden wird die in der Regierungserklärung angekündigte Ausweitung der erhöhten steuerlichen Abschreibung nach § 7 b Einkommensteuergesetz auf den Erwerb von eigengenutzten Altbauwohnungen und Häusern und der Abbau der Grunderwerbsteuer sein. Vielen Bürgern wird damit der Weg zum erschwinglichen Wohnungseigentum in einer ihnen bereits vertrauten Umgebung geebnet. Die nach dem Wohnungsmodernisierungsgesetz gegebenen staatlichen Hilfen werden im Einzelfall überdies dazu beitragen, den Wohnkomfort in den eigenen vier Wänden zeitgerechten Ansprüchen anzupassen.

(-/30.12.1976/mie/ja)

+ + +

Seit 20 Jahren Saarland

Bilanz und Perspektiven zum 1. Januar 1977

Von Friedel Läßle MdL

SPD-Landesvorsitzender und

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag des Saarlandes

Zum 1. Januar 1957 vollzogen der Saarländische Landtag und der Deutsche Bundestag den Beitritt des Saarlandes zum Geltungsbereich des Grundgesetzes. Zwei Jahre später, 1959, wurde mit dem wirtschaftlichen Anschluß die volle Rückgliederung verwirklicht. Damit hatte die jahrelange deutsch-französische Auseinandersetzung um den "Zankapfel Saar" ein gutes Ende gefunden.

Vorausgegangen waren erbitterte Auseinandersetzungen, die manche saarländische Familie entzweiten und im Lande eine hektische, emotionsgeladene Atmosphäre erzeugten. Am 23. Oktober erteilten dann mehr als zwei Drittel der Saarländer dem sogenannten Europäischen Statut für die Saar eine deutliche Absage und legten damit gleichzeitig ein Bekenntnis für die Zugehörigkeit ihres Landes zur Bundesrepublik Deutschland ab. Noch in der Nacht nach der Volksabstimmung trat die Saar-Regierung unter Johannes Hoffmann ("Joho") zurück, und Frankreich erklärte sich bereit, mit der Bundesregierung über die Rückkehr des Saarlandes nach Deutschland zu verhandeln. Eine Zwischenregierung unter dem parteilosen Heinrich Welsch amtierte bis Januar 1956. Aus der Landtagswahl im Dezember 1955 gingen die prodeutschen Parteien, die sich im Abstimmungskampf zum "Heimatbund" zusammengefunden hatten, als Sieger hervor und bildeten unter Dr. Hubert Ney (CDU) die erste deutsche Regierung des Saarlandes. Die SPD stellte zwei Minister.

Das Jahr 1956 war ausgefüllt mit deutsch-französischen Verhandlungen über einen geordneten Übergang des Grenzlandes Saar aus dem französischen wirtschaftlichen und sozialen System in das der Bundesrepublik Deutschland. Der zollfreie Warenaustausch zwischen Frankreich und dem Saarland im Umfang des Referendumjahres 1955 bis zum Wegfall der Zölle in der EWG, die Festlegung des Saarkohleabsatzes nach Frankreich in Höhe eines Drittels der Saarberg-Förderung und die Regelung, nach der Frankreich bis 1982 den Kohleabbau in einigen Feldern im Warndt weiterbetreibt, waren die wichtigsten Ergebnisse. Frankreich erreichte über die von der Bundesregierung zugesagte

Moselkanalisierung den wichtigen Wasserstraßenanachluß zum Rhein für sein lothringisches Industriegebiet.

Für das Saarland und seine Wirtschaft begannen schwierige Zeiten. Zum viertenmal innerhalb von 40 Jahren mußte man sich an ein anderes wirtschaftliches und gesellschaftliches System anpassen. Während es auf sozialem Sektor - unter den sozialdemokratischen Ministern Kurt Conrad und Hermann Trittelvitz - weitgehend gelang, einen fast reibungslosen Übergang in die deutsche Sozialstruktur zu vollziehen, geriet die einseitig montanindustriell orientierte Wirtschaft des Saarlandes bald in des Sog der weltweiten Kohlekrise und Stahlflaute. Zu lange hatten CDU-geführte Bundesregierungen und deren für das Wirtschaftsressort im Saarland zuständigen Parteifreunde an der Saar sich gegen eine Umstrukturierung der saarländischen Wirtschaft und die Neuansiedlung von Betrieben gewehrt. Von ehemals 65 000 Arbeitsplätzen im Steinkohlebergbau gingen rund 40 000 verloren.

Die Zahl der Industriearbeitsplätze insgesamt sank von 186 000 auf 15 000 im Krisenjahr 1967. Hinzu kam eine bis heute anhaltende Abwanderung vorwiegend jüngerer qualifizierter Arbeitskräfte in andere Bundesländer - bis jetzt mehr als 30 000 "Erwerbspersonen", wie es im nüchternen Amtdeutsch der Arbeitverwaltung heißt. Erst mit dem Eintritt der Sozialdemokraten in die Bundesregierung konnte eine erfolgreiche Umstrukturierungspolitik beginnen, die in dem FDP-Wirtschaftsminister Dr. Koch auf saarländischer Seite repräsentiert war. Leider hat sich inzwischen herausgestellt, daß von den 1967 bis 1972 angesiedelten Arbeitsplätzen nicht alle dauerhaft und zukunftsträchtig waren. Das Defizit des Saarlandes in bezug auf Arbeitsplätze ist heute größer als je zuvor, und die Prognosen renommierter Institute sprechen von einem Bedarf von rund 50 000 bis zum Jahr 1985.

Auch bei der Verbesserung der Infrastruktur machte sich die Mitwirkung der Sozialdemokraten in der Bundesregierung positiv bemerkbar. Während bis 1963 lediglich eine Autobahnverbindung zwischen Saarbrücken und Mannheim bestand, durchzieht heute ein Netz leistungsfähiger Bundesautobahnen und -fernstraßen das ganze Land. Nach Fertigstellung der Verbindungen in den Kölner Raum, nach Paris und Straßburg stehen jetzt nur noch der Ausbau der A 8 nach Luxemburg und die Vollendung der Autobahnetrecke nach

Karlsruhe aus. Mit der Übernahme der Flugsicherung durch die zuständige Bundesbehörde wurde der Flughafen Saarbrücken-Ensdorf in das deutsche Luftfahrt-Netz integriert.

Sozialdemokraten waren es schließlich, die einem der Hauptanliegen des Saarlandes und seiner Wirtschaft Rechnung trugen. Unter Bundeskanzler Willy Brandt wurde definitiv festgelegt: Das Saarland wird durch die Schiffbar-
machung der Saar zur Mosel hin an das deutsche und europäische Wasser-
straßennetz angeschlossen. Mit der für 1983 vorgesehenen Fertigstellung
dieses Milliarden-Projekts wird die Standortbenachteiligung der saar-
ländischen Industrie auf ein Minimum reduziert, die Konkurrenzfähigkeit
erhöht und damit Arbeitsplätze sicherer gemacht.

Bedauerlicherweise waren die überdurchschnittlichen Anstrengungen des Bundes für das jüngste Bundesland nicht von gleichwertigen Bemühungen der ver-
antwortlichen saarländischen Landespolitiker begleitet. Die seit 1961 ent-
weder allein oder mit einem Juniorpartner regierende CDU hielt allzu lange
an überkommenen Strukturen fest und vermochte es nicht, die Bonner Investi-
tionen durch gleichwertige Anstrengungen im Land selbst zu optimieren.

Rückschrittliche Politik vor allem im Bildungs- und Wirtschaftssektor
haben dazu geführt, daß das Land bis heute in bezug auf Lohnniveau und
Bruttosozialprodukt im Bundesländervergleich eine Schlußlichtposition ein-
nimmt. Zahlreiche Möglichkeiten, das europäische Kernland Saar durch infra-
strukturelle Verbesserungen für ansiedlungswillige Unternehmen und quali-
fizierte Fachkräfte attraktiver zu machen, wurden vertan. Ein Beispiel
aus der jüngsten landespolitischen Entwicklung: Vor der Landtagswahl 1975
wurde im Saarland die teilweise Schulbuchfreiheit eingeführt, ein halbes Jahr
später nahm man sie fast völlig zurück, um nun in der Etatberatung für 1977
abermals eine halbherzige Aufstockung vorzunehmen. Diese und ähnliche
politische Fehlleistungen haben wesentlich dazu beigetragen, daß das Saar-
land und seine tüchtige Bevölkerung bundesweit zu Unrecht in den Geruch
des Hinterwäldlerischen und Rückständigen geraten sind. Ein Handicap, das
es schwer macht, positive Image- und Ansiedlungswerbung für das Land zu
betreiben.

Nicht ausgeschöpft worden sind bedauerlicherweise auch die Möglichkeiten,
die dem Saarland aufgrund der geografischen und historischen Gegebenheiten
als Mittler zwischen Deutschland und Frankreich zugefallen sind. Spektakuläre
von Repräsentationsbedürfnis geprägte Freundschaftabkündigungen reichen nicht
aus, vielmehr muß sich die deutsch-französische Freundschaft in der täglichen
konkreten Zusammenarbeit bewähren und festigen. Hier hat der Deutsche
Gewerkschaftsbund, Landesbezirk Saar, dankenswerterweise seit einigen Jahren
die Initiative ergriffen. Von dieser Seite in die Diskussion gebrachte Pro-
jekte und die enge Zusammenarbeit der Arbeitnehmerorganisationen beiderseits
der Grenzen geben zu Hoffnung Anlaß.

Optimistisch stimmt auch die innenpolitische Entwicklung im Saarland.
Bei den Bundestagswahlen 1972 und 1976 erzielten die Parteien der Bonner
Koalition jeweils eine deutliche Mehrheit gegenüber der im Lande regierenden
CDU. Das gemeinsame Ziel von SPD und FDP, nach der Landtagswahl 1975 die
verbrauchte CDU abzulösen, wurde nur knapp verfehlt. Wir Sozialdemokraten
sind zuversichtlicher denn je zuvor, bei der nächsten Landtagswahl die Re-
gierungsverantwortung im Saarland übernehmen zu können, um in enge Zusammen-
arbeit mit der SPD-geführten Bundesregierung den Menschen unseres Landes die
Lebensbedingungen zu sichern, die sie aufgrund ihrer Leistung verdient haben.
(-/30.12.1976/mie/pr)

+ + +
Verantwortlich für den Inhalt: Claus Praller